

Frankreich vor den Wahlen: Kandidaten, Programme, Strategie- n, Aussichten

„Ensemble tout devient possible“ (Gemeinsam wird alles möglich) so lautet der Wahlkampfslogan von Nicolas Sarkozy.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Kandidatenpositionierung im französischen Präsidentschaftswahlkampf könnte das Motto eher lauten „alles ist möglich“. Nachdem lange Zeit das Duell Nicolas Sarkozy gegen Ségolène Royal im Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung stand, hat sich seit ein paar Wochen der „dritte Mann“ aus der Mitte, François Bayrou, einen Platz im Rennen um das höchste Amt im Staat erobert. Bis vor einer Woche noch lag er mit 21,5% an dritter Stelle in den Meinungsumfragen; eine aktuelle Umfrage prognostiziert derzeit allerdings wieder einen Abwärtstrend für Bayrou: 30% für Nicolas Sarkozy (+2%), 27% für Ségolène Royal (+ 0,5%), 18 % für Bayrou (-3,5%) und 12% für Le Pen (+1%) in der ersten Wahlrunde am 22. April. In der Stichwahl am 6. Mai würde der Kandidat der UMP mit 52% zu 48% vor der Rivalin aus der Sozialistischen Partei (PS) liegen.

Nachdem sich am 16. März insgesamt zwölf Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen qualifiziert haben, von denen voraussichtlich nur drei oder vier ernstzunehmende Aussichten haben, aus der ersten Wahlrunde als Sieger hervorzugehen, stellen sich folgende Fragen:

Welches sind die wichtigsten programmatistischen Inhalte der Kandidaten? Mit welchen Mitteln und Strategien wird der Wahlkampf geführt? Ist Bayrou ein ernstzunehmender Konkurrent im Wettkampf von Sarkozy und Royal oder ist Le Pen die ernstere Gefahr? Welche alternativen Szenarien können für den Ausgang der Wahlen aufgestellt werden?

Kandidaten und Programme

Die Bandbreite der zwölf Kandidaten reicht politisch vom extrem linken Rand (Trotzkisten/ Kommunisten) zum rechtsextremen Le Pen:

Die drei „Anti-Liberalen“, die sich als Trotzkisten bezeichnen, sind:

1. die unerschütterliche Rentnerin Arlette Laguiller (67 Jahre), die der Partei *Lutte Ouvrière, LO (Arbeiterkampf)* vorsteht und bereits zum sechsten Mal als Präsidentschaftskandidatin antritt. Sie will die Diktatur der Verwaltung beenden, kündigt dem Kapitalismus den Kampf an und setzt sich für die Immigranten ein. Den Firmen würde sie ein Entlassungsverbot auferlegen, die Mindestlöhne auf 1500 Euro anheben, die Rentenreform zurücknehmen und Steuern auf Gewinne der Ölkonzerne und der Autoindustrie erhöhen. Sie ist Gegnerin der EU-Verfassung.

2. der 32 Jahre junge Postbote mit Geschichtsdiplom, Olivier Besancenot, der zum zweiten Mal für die *Ligue Communiste Révolutionnaire, LCR* kandidiert. Er will den Senat abschaffen, alle illegalen Einwanderer einbürgern und die privaten Schulen verstaatlichen. Auch fordert er ein Entlassungsverbot von den Firmen, tritt für die 32-Stunden Woche ein

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

sowie ebenfalls für eine Anhebung des Mindestlohns auf 1500 Euro. Er fordert den Ausstieg Frankreichs aus der EU und der Nuklearenergie.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

3. der Maurermeister Gérard Schivardi (56 Jahre), der die *Parti des Travailleurs, PT (Partei der Arbeiter)* repräsentiert, nachdem er 2003 aus der PS ausgetreten ist. Als Bürgermeister von Mailhac tritt er für mehr Rechte der Kommunen ein, verlangt die Verstaatlichung aller Schlüsselsektoren und ebenfalls ein Entlassungsverbot. Er fordert den radikalen Bruch mit der Europapolitik, den europäischen Institutionen und dem Vertrag von Maastricht und plädiert für eine „freie Union“ der Völker Europas.

Hinzu kommt im linken Spektrum

4. der mehrfach vorbestrafte Landwirt und Globalisierungsgegner, Jose Bové (53 Jahre), der nicht für eine Partei, sondern als Person mit dem Slogan „*un autre monde est en marche*“ antritt. Er fordert die 32-Stunden Woche und ebenfalls den Mindestlohn von 1500 Euro sowie ein kostenfreies Studium und will Frankreich aus dem Liberalisierungszwang der EU befreien. International bekannt geworden ist er durch die sog. Mc Donalds Affäre, bei der er als Anstifter einer Aktion zur Zerstörung einer Mc Donalds Filiale in Millau 1999 gilt, ein Protest, der sich gegen ein Importverbot der USA für französischen Käse richtete. 2005 wurde Bové zu vier Monaten Gefängnis wegen des Verwüstens von Genmaisplantagen verurteilt; das Urteil ist seit Februar diesen Jahres rechtskräftig.

5. die Kommunistin Marie-George Buffet (58 Jahre, Diplom in Geschichte und Geographie, 1997-2002 Jugend- und Sportministerin), die bereits zum zweiten Mal Kandidatin der *Parti Communiste Français, PCF* ist. Sie tritt dafür ein, dass alle Einwanderer einen Residentenausweis für zehn Jahre erhalten und mehr Lehrer eingestellt werden sollen; sie fordert die Abschaffung von Studiengebühren sowie die Schaffung einer einheitlichen Krankenversicherung mit 100%iger Kostenrückerstattung und die Erhöhung aller Sozialleistungen sowie einen Mindestlohn von 1500 Euro. Im Gegensatz zu den Grünen befürwortet sie das Nuklearprogramm und den Bau eines neuen Reaktors. Schließlich fordert sie den Bruch mit der „liberalen EU“.

6. die Grüne Dominique Voynet (48 Jahre, Medizinstudium), die als Senatorin, ehemalige Europaabgeordnete und ehemalige Umweltministerin (1997 – 2001) bereits zum zweiten Mal für die *Partei Les Verts (die Grünen)* kandidiert. Sie tritt dafür ein, in zehn Jahren die Atomkraft um dreißig Prozent zu reduzieren und spätestens 2030 ganz zu stoppen sowie die biologischen Agrarerzeugnisse um ein Vielfaches zu erhöhen. Sie befürwortet das Projekt Europa und tritt für die Aufnahme der Türkei in die EU ein.

Führend im linken Parteispektrum ist

7. Ségolène Royal (53 Jahre), die Präsidentschaftskandidatin der *Parti Socialiste, der Sozialistischen Partei Frankreichs*, eine an der französischen Elitehochschule ENA ausgebildete Juristin, „Ziehkind“ von Mitterrand, ehemals Umweltministerin (1992/93) sowie beigeordnete Ministerin für Schulausbildung (1997-2000) und beigeordnete Ministerin im Ministerium für Arbeit und Solidarität, Familie und Kinder (2000-2002); seit 2004 Vorsitzende des Regionalrats der Region Poitou-Charentes. Als Präsidentschaftsprogramm hat sie einen sogenannten „Präsidialpakt“ mit 100 Vorschlägen formuliert. Ihre Methode der „partizipativen Demokratie“ soll ein Programm schaffen, welches auf drei Pfeilern gründet: wirtschaftliche Entwicklung, soziale und umweltpolitische Effizienz. Ihre Kernaussagen beziehen sich auf den Bereich der Sozialpolitik: Erhöhung des Mindestlohns auf 1.500 Euro, Anhebung der niedrigen Renten um fünf Prozent, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die Garantie eines ersten Arbeitsplatzes, Zusicherung von günstigen Wohnungen, steuerliche Hilfen für Investitionen, Innovation und Forschung. Auch institutionelle Reformen kündigte sie an:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

Schaffung einer VI. Republik, dessen Verfassung im Wesentlichen eine Verteilung zu Lasten des französischen Staatspräsidenten und zugunsten der Nationalversammlung vorsieht. So soll die parlamentarische Kontrolle der Exekutive gestärkt und der Senat reformiert werden. Darüber hinaus fordert Royal, die Kompetenzen der Regionen zu stärken und gleichzeitig das Gewicht der Zentralverwaltung zu reduzieren. Umstritten in den eigenen Reihen sind ihre Vorschläge zur militärischen Betreuung straffälliger Jugendlicher und die Einführung sogenannter Bürgerjürs, d.h. die Überwachung gewählter Volksvertreter durch Kontrollgremien der Bürger. Im Bereich der Umweltpolitik will sie das Atomkraftwerk Fessenheim (Elsass) schließen lassen und sich verstärkt für effizienteren Energieverbrauch und erneuerbare Energien einsetzen. Sie will ein „Europa, das die Bürger schützt“, und einen kürzeren Verfassungsvertrag, der allerdings einen neuen dritten Teil mit einem speziellen Sozial-Protokoll enthalten soll, über den die Franzosen erneut per Referendum (spätestens im Juni 2009 bei den Europawahlen) abstimmen. Dem deutsch-französischen Paar möchte sie neue Initiativkraft verleihen, ohne dies inhaltlich zu spezifizieren.

Nach dem Motto „ni droite, ni gauche“ (weder rechts noch links) schert gänzlich aus dem links-rechts Schema

8. François Bayrou (56 Jahre), der Zentrist und Präsident der *UDF (Union pour la Démocratie Française)* aus. Er war bereits 2002 Kandidat, konnte damals allerdings nur 6,82% der Stimmen auf sich vereinigen. Der ehemalige Bildungsminister (1993-1997) will zunächst den Haushalt sanieren; lediglich der Bildungsbereich soll nicht von Kürzungen betroffen sein, Investitionen in die Ausbildung der Jugendlichen stünden im Vordergrund; die Lehrer zählen zu seinem wichtigsten Wählerpotential. Bayrou ist überzeugter Europäer, fordert eine „Neugründung Europas“, das den Bürgern näher kommt, ein politisches Kerneuropa, eine Vertiefung mit den Ländern der Euro-Zone. Hinsichtlich des Verfassungsvertrages steht er für die Erarbeitung eines neuen, für alle lesbaren Textes, über den wiederum per Referendum - voraussichtlich im Juni 2009 im Zuge der Europawahlen - abgestimmt werden solle.

Wie Bayrou lehnt es

9. Frédéric Nihous (39 Jahre) ab, einem politischen Lager zugeordnet zu werden. Der promovierte Wirtschaftsjurist repräsentiert die *Jäger- und Fischerpartei, CPNT – Chasse, Pêche, Nature, Traditions* und will der Jäger- und Fischerlobby der ländlichen Gegenden Frankreichs gemäß seinem Wahlkampfslogan „La ruralité d'abord“ Gehör verschaffen. Er kämpft gegen das „liberale und föderale“ Europa, das die Tradition der Jagd durch Reglementierungen bedrohe und fordert ein neues Referendum über einen neuen Verfassungsvertrag.

Im rechten Parteienspektrum ist

10. Nicolas Sarkozy (52 Jahre), Anwalt, ehemaliger Innenminister (2002-2004; 2005-26.3.2007), Wirtschafts- und Finanzminister (2004) und Haushaltsminister (1993-1995), Präsident der *UMP, Union pour un Mouvement Populaire*, der herausragende Kandidat. Er möchte der „Präsident aller Franzosen“ sein, versucht gleichermaßen das gaullistische Erbe mit dem „Modell Sarkozy“ zu verbinden, die sog. „rupture tranquille“. In dem 70 Seiten starken Wahlprogramm der UMP werden auf eindrucksvolle Art und Weise alle Bereiche, die politischer Reformen bedürfen angesprochen: Hierzu zählt die Forderung, Frankreich der Herausforderung der Globalisierung zu stellen. So soll durch eine „ausgewählte Immigration“ und die Festsetzung einer jährlichen Obergrenze die Einwanderung besser reguliert werden. Darüber hinaus möchte Sarkozy den Franzosen helfen, Europa wieder zu entdecken. Dabei richtet er sein Augenmerk auf die Jugend. Diese müsse an Europa neu herangeführt werden. Um die neuen Aufgaben bewältigen zu können, sei ein funktionsfähiger

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

ger Staatsapparat die zentrale Voraussetzung. Hierfür gelte es, zwei neue Ministerien einzurichten – ein Ministerium für Immigration und nationaler Identität sowie eines für Umwelt und Energie. Die Gesamtzahl der Ministerien könne allerdings auf 15 (statt derzeit 31) reduziert werden. Gleichzeitig will Sarkozy die Kontroll- und Kompetenzfunktion des Parlaments erhöhen und die Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Mandate begrenzen. Auch in der Umweltpolitik möchte er neue Wege beschreiten und ruft zur „ökologischen Revolution“ auf. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verspricht er, ein neues, flexibleres Modell des unbefristeten Arbeitsvertrages einzuführen, die Arbeitsvermittlungseinrichtung ANPE mit der Arbeitslosengeldzahlstelle UNEDIC zu fusionieren sowie kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern. Einen weiteren wichtigen Aspekt in Sarkozys Wahlprogramm stellt die Bildungspolitik dar: So sollen die Schulbezirke (*carte scolaire*) abgeschafft werden, die Klassenstärke in schwierigen Einzugsgebieten reduziert und die Reform des französischen Hochschulsystems vorangetrieben werden. Außenpolitisch versucht Sarkozy sich des Etiketts des „Atlantikers“ zu entledigen und pocht auf vermehrte Autonomie Europas gegenüber Amerika. Er plädiert für eine Stärkung des Multilateralismus, auch bezogen auf die französische Präsenz in Afrika. Er spricht sich für eine Union der Mittelmeerländer aus, zu der Frankreich und die EU- Staaten des Europäischen Südens die Initiative ergreifen sollten. Sarkozy befürwortet einen „vereinfachten“ Vertrag für Europa, der sich auf institutionelle Fragen konzentriert und über den auf parlamentarischem Wege, möglichst noch in 2007 entschieden werden soll. Hinsichtlich der EU-Erweiterungspolitik sei es von zentraler Bedeutung, die „strategische Partnerschaft mit der Türkei“ zu definieren. Er ist jedoch gegen einen EU-Beitritt der Türkei und vertritt das Konzept der „privilegierten Partnerschaft“. Die deutsch-französische Achse sei wichtig, sollte aber weniger exklusiv sein und andere Partner mit einbeziehen.

11. Graf Philippe de Villiers (58 Jahre, promovierter Enarch) ist bereits 1995 einmal angetreten und hat damals nur 4,74% der Stimmen erhalten. Der Europaabgeordnete und Präsident des MPF, *Mouvement pour la France* möchte sich in der Kampagne gegen den rechtsbürgerlichen Sarkozy und den rechtsextremen Le Pen absetzen. Er sagt der „Islamisierung“ der französischen Gesellschaft den Kampf an, will jegliche Immigration und Familienzusammenführung stoppen. Was Europa betrifft hat de Villiers gegen den Verfassungsvertrag gestimmt, fordert ein Europa der Nationen und ein Referendum zum Euro.

12. Jean-Marie Le Pen (78 Jahre), *Vorsitzender und Gründer der Front National (FN)*, rechtsextremer Kandidat, der seit den Wahlen 2002 (im zweiten Wahlgang gegen Jacques Chirac) ein Trauma in der französischen Gesellschaft hinterlassen hat. Hinsichtlich der institutionellen Reformen möchte er die Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre anheben, die Todesstrafe wiedereinführen sowie die Zahl der Gefängnisplätze erhöhen. Darüber hinaus fordert er ein Ende der Immigrantenströme und der Familienzusammenführung und will eine „nationale Präferenz“ durchsetzen sowie diejenigen schulischen Fächer stärken, die der Förderung des Nationalbewusstseins dienen. Er prangert den Kapitalismus an und fordert eine verstärkte Geburtenpolitik sowie ein Referendum über die Abtreibung. Außenpolitisch spricht er sich für den Austritt Frankreichs aus dem Schengener Abkommen aus sowie für eine geringere Rolle Europas, im Vordergrund stehe die französische Nation.

Die kurze Präsentation der Kandidaten lässt folgende Feststellungen zu:

- Es treten mehr Kandidaten im linken Spektrum an (insgesamt sechs Kandidaten, die politisch links von Royal stehen). Diese Kandidaten haben keinerlei siegreiche Aussichten, aber sie bedeuten eine Gefahr und Konkurrenz für die Kandidatin der Sozialistischen Partei; die Prozentzahlen, die diese sechs Kandidaten in der ersten Wahlrunde bekommen, gehen Royal anteilmäßig verloren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

- Der Anteil der Frauen ist mit vier von zwölf Kandidaten höher als bei jeder anderen Wahl zuvor, und das Durchschnittsalter der Kandidaten ist deutlich geringer als bei vorhergehenden Wahlen.

- Insbesondere die drei aussichtsreichsten Kandidaten, Sarkozy, Royal und Bayrou symbolisieren den Generationenwechsel.

- Nur die Hälfte der Kandidaten bringt politische Erfahrung mit sich; in führender politischer Position waren bislang nur Sarkozy, Royal und Bayrou sowie Buffet und Voynet mit Ministerämtern, wobei nur Sarkozy politische Schlüsselministerien inne hatte und seine politische Führungskraft unter Beweis stellen konnte.

- Die acht wenig aussichtsreichen Kandidaten sind im Wahlkampf den vier „bedeutsamen“ Kandidaten gleichgestellt; zumindest Fernsehen und Rundfunk müssen ihnen gleiche Sendezeiten einräumen, was beispielsweise den völlig unbekannten wie Nihous zugute kommt.

Das „Phänomen Bayrou“ und der „Faktor Le Pen“

Wie aber ist das „Phänomen Bayrou“ zu erklären, sein plötzlicher Anstieg in der Wählergunst – zumindest nach den Umfragen? Bayrou versteht es geschickt, durch seine Taktik „*weder links noch rechts*“ zu überzeugen. Er wolle die Bipolarität der Republik beenden, nur eine „Politik der Mitte könne die strukturellen Probleme Frankreichs überwinden. Während Sarkozy und Royal immer mehr nach rechts oder links zu polarisieren suchen, um der Gefahr Bayrou aus dem Weg zu gehen, wandelt er die Schwächen der Konkurrenten in seine Stärken um. Sarkozy muß eine gefährliche Gratwanderung gehen, um nicht zu sehr ins extrem rechte Lager abzudriften. Nach seinem jüngsten Vorschlag, ein Ministerium für Immigration und nationale Identität zu schaffen, haftet ihm weiter das Image eines politischen Hardliners an. Royal auf der anderen Seite hat große Mühe, die Wählerstimmen der sechs links von ihr stehenden Kandidaten zu bündeln, damit es nicht zu einer Stimmenzersplitterung im linken Lager kommt, wie das 2002 der Fall gewesen ist.

Im Gegensatz zu Sarkozy und Royal redet Bayrou kein Wort zu viel, gibt keine Details eines Programms (welches er vielleicht auch gar nicht hat) preis. Er gibt vor, „kein Projekt, kein Programm“ zu haben, da ein zukünftiger Staatschef nur die große Richtung vorgeben müsse: Abbau der Staatsschulden, Reform der Institutionen, soziale Marktwirtschaft und ein klares Bekenntnis zu Europa. Die einfache Botschaft, im Wesentlichen ohne populistische Töne, kommt gut an. Hinzu kommt seine Bodenständigkeit, als Sohn eines Landwirts, der Literatur studiert hat, verkörpert er das Image des Bauern und Intellektuellen zugleich. Er präsentiert sich als derjenige Kandidat, der sich für die Belange der Provinzen einsetzen wird und distanziert sich somit vom Pariser „Politiklüngel“. Während Sarkozy und Royal in den Medien omnipräsent sind, hält Bayrou sich auch da zurück. Bayrou wirkt auf seine Art „beruhigend“ auf die Wähler, im Gegensatz zu Sarkozy und Royal. Sarkozy beunruhigt durch seine Hardliner-Politik und Royal durch ihre immer wieder zutage tretende mangelnde Kompetenz in politischen Kernbereichen.

Dennoch scheint es zweifelhaft, dass Bayrou sich im ersten Wahlkampf durchsetzt, knapp drei Wochen vor der Wahl schwindet sein Neuheitswert; es fehlt ihm an konkreter, eigener Programmatik. Er hat zudem keine große Parteibasis, auf die er sich stützen kann und damit besteht auch bei einer Wahl Bayrous die Unsicherheit, die Angst vor einer Nationalversammlung ohne Mehrheit. Die Wahl Bayrous wäre insofern nur die Illusion, dass alle Antagonismen verschwinden.

Le Pen hingegen gibt sich in diesem Wahlkampf dezidiert „moderat“. War er bislang durch rassistische oder antisemitische Äußerungen aufgefallen, so zügelt er dieses Mal sein

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

Vokabular, was ihn und seine Partei noch gefährlicher macht. Beispielsweise fordert er nicht mehr explizit den Ausstieg aus der EU wie noch vor 5 Jahren, sondern prognostiziert, dass es ohnehin keine Zukunft für die EU geben werde. Mit ihm als Präsident, „würde die Entscheidung der französischen Bevölkerung vom 2005 respektiert“, es würde kein neues Referendum und auch keine parlamentarische Umgehungsstrategie für einen Verfassungsvertrag geben. Er strebt die Aufkündigung des Schengen-Abkommens an, „Frankreich solle eigenständig seine Grenzen überwachen“, um die Immigrationsströme gänzlich zu stoppen und will somit den „Betrug eines grenzfreien Europas“ offenbaren. Er, der noch in 2002 den Euro entschieden verdammt hat, ist überzeugt, dass dieser, wie die EU, von selbst verschwinde.

Le Pen ist bislang – vor allem in 2002 – immer in den Umfragen unterschätzt worden; selten geben die Befragten zu, dass sie Le Pen wählen würden. Die Gefahr von rechts ist daher auch in diesem Wahlkampf noch nicht gebannt.

Die Ausgangslage bei den Wahlen 2007 ähnelt jener von 2002. Die Wähler sind frustriert über die bestehenden Verhältnisse, beunruhigt über die Folgen der Immigration, die erhöhte Kriminalität, desillusioniert von der amtierenden Regierung. Angesichts mangelnder wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen sind dies günstige Voraussetzungen für eine Protestwahl. Hier besteht die Frage: Werden die Protestwähler extrem rechts wählen, oder aber bietet ihnen Bayrou die Möglichkeit, ihren Protest gegen „das Establishment“ anders auszudrücken?

Wahlkampfstrategien

Der Wahlkampf in Frankreich wird mit einer Vielzahl von Instrumenten und Strategien geführt. Die „großen“ Kandidaten haben ihre Kandidatur und damit den Wahlkampf jeweils mit einer sog. *Grundsatzrede* eröffnet, dem „discours fondateur“. Sarkozy verkündete seine Kandidatur im Januar mit den Worten „j’ai changé“, er habe sich geändert, er wolle der Präsident aller Franzosen sein und trete nicht mehr ein für den fundamentalen „Bruch“, sondern die „rupture tranquille“. Royal enthüllte im Februar in ihrer Grundsatzrede den sogenannten „pacte présidentiel“ mit 100 Vorschlägen. Le Pen hatte sich bereits im September zum „Republikaner und Verteidiger der souveränen Nation“ erklärt, während Bayrou in seiner Rede als Letzter ein Plädoyer für eine „friedliche Revolution“ hielt.

Ein weiteres Instrument ist das Konzept der „*Massen-Meetings*“ als *Wahlkampfveranstaltung*, das sich alle Kandidaten zu Eigen machen, wobei hier Nicolas Sarkozy mit der UMP sicherlich die meisten Anhänger mobilisieren konnte. Bei seiner Grundsatzrede waren ca. 80.000 Anhänger präsent. Die Großkundgebungen dienen dazu, neue Mitglieder zu gewinnen, die Anhänger zu mobilisieren, Stärke gegenüber dem oppositionellen politischen Lager zu zeigen und schließlich, die gewünschte Medienwirkung zu erzielen.

Eine große Rolle spielen die *Medien* aller Art, auch bestimmte nur für den Wahlkampf initiierte Interview-Sendungen im Fernsehen. Umfragen zufolge haben die Franzosen in 2007 ein größeres Interesse an der Kampagne als in 2002, verfolgt wird sie in erster Linie über die Medien, insbesondere die Nachrichtensendungen; eine Steigerung der Verkaufszahlen der politischen Journale ist zu verzeichnen. Nur UMP und PS verfügen über ein Wahlkampfbüro, das die gesamte mediale Kampagne überwacht. Alle Parteien haben Sprecher bzw. mehrere Gruppen von Sprechern, die sich jeweils einem anderen Medium widmen. Die mediale Präsenz der Kandidaten wird stetig gemessen, von Beginn der Kampagne liegt Sarkozy vorne, gefolgt von Royal.

In diesem Wahlkampf spielt erstmals das *Internet*, die Homepages der Kandidaten und ihre Blogs eine wichtige Rolle. Über eine Million Franzosen haben in den letzten vier

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wochen Internetvideos der Kandidaten abgerufen, 16% geben an, dass das Internet ihre Hauptinformationsquelle sei.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

Wahlkampfslogans, die ab dem 9. April, dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes, plakatiert werden, sollen das Motto der Kandidaten vermitteln. Während Sarkozy mit „Ensemble tout devient possible“ Hoffnung auf die Zukunft erwecken will und alle Wähler mit einbezieht, stellt Bayrou mit „La France de toutes nos forces“ die Nation und die Kraft aller in den Vordergrund. Le Pen hält es mit einem simplen Aufruf „Votez Le Pen“ eher einfach. Sein Wahlplakat ist allerdings das wohl erstaunlichste in diesem Wahlkampf: Der Slogan „Rechts-Links. Die haben alles zerstört“ und einem den Daumen nach unten senkenden Mädchen maghrebinischer Herkunft. Das Plakat soll das faschistische Image Le Pens brechen. Der vermutlich innovativste, aber auch umstrittenste Slogan – in den eigenen Reihen als egozentrisch kritisiert – stammt von Royal. Der Slogan „La France présidente“ soll ihre beiden Trümpfe unterstreichen, ihre Weiblichkeit und die Betonung der Nation; letzteres ist bei den Sozialisten in 2002 gänzlich untergegangen.

Ebenfalls noch nicht aus der Mode gekommen sind in diesem Wahlkampf die sog. *Unterstützungskomitees*, d.h. die Stars und Sternchen, mit denen sich einige Kandidaten umgeben. Während Sarkozy sich mit Alt-Star Johnny Halliday und Rapper Doc Gynéco schmückt, bekannte Sportler um sich schart und ihm seit neuestem auch „linke“ Intellektuelle seine Unterstützung aussprechen (sein bester Treffer ist die öffentliche Unterstützung durch den Philosophen André Glucksmann, mit dem er demonstrieren will, die politische Kluft zwischen Links und Rechts zu überwinden) gestaltet Royal Abende mit Jeanne Moreau und anderen bekannten Sängern. Bayrou, der behauptet, keine „Unterstützungskomitees“ nötig zu haben, erteilte jüngst bei einer Wahlveranstaltung einem bekannten Komiker das Wort, der dann aufzählte, warum er Bayrou für den richtigen Präsidentschaftskandidaten hält.

Aussichten

Präsidentschaftswahlen in Frankreich bergen meist Überraschungen in sich und man würde schon hellseherische Fähigkeiten benötigen, um das Ergebnis der Wahlen voraussagen zu können. Dennoch können zumindest alternative Zukunftshypothesen aufgestellt werden:

- Wenn sich die Umfragen bestätigen und Sarkozy und Royal ihre Führungspositionen in der ersten Wahlrunde beibehalten, werden beide am 6. Mai in die Stichwahl kommen; das Ergebnis wird dann ein sehr knappes und kann entweder für den einen oder die andere positiv ausgehen. In diesem Falle gilt es aber zu bedenken, dass Nicolas Sarkozy die gesamte Parteilinie geschlossen hinter sich hat (heute hat ihm übrigens noch der einzige UDF-Minister im Kabinett, Gilles de Robien seine Unterstützung ausgesprochen) und über ein sehr professionelles Wahlkampfteam verfügt. In der PS hingegen treten immer mehr Unstimmigkeiten zwischen Wahlkampfteam und Parteiführung zutage, zumal Royal in den eigenen Reihen durch ihre jüngsten Vorschläge zur Stärkung des Patriotismus stark irritiert.
- Sollte der Außenseiter Bayrou mit entweder Sarkozy oder Royal die Führungsposition einnehmen – was eher unwahrscheinlich ist, manche Analysten aber nicht ausschließen – hat dieser gute Chancen, am 6. Mai als Sieger hervorzugehen. Die Experten sagen voraus, dass bei einer Stichwahl Bayrou/Sarkozy bzw. Bayrou/Royal im ersten Fall die Linke für Bayrou stimmen würde, um einen Sieg Sarkozys zu verhindern bzw. im anderen Fall die Rechte Bayrou wählen würde, um einen Sieg Royals zu verhindern.
- Wenn Vorfälle wie im Pariser Gare du Nord von Anfang letzter Woche sich vor den Wahlen häufen, werden die Themen „Sicherheit“ und „nationale Identität“ eine noch wichtigere Bedeutung in diesem Wahlkampf bekommen; das erhöht die Chancen von Le Pen, in der ers-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PARIS

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

April 2007

www.kas.de

ten Wahlrunde zu punkten. Die Krawalle am Gare du Nord haben die Erinnerungen an die Krise der Banlieues wiederbelebt und die Fronten bezüglich Integration und nationaler Identität verhärtet.

Es stehen allerdings noch weitere Unwägbarkeiten im Raum: die Tatsache, dass über 40% der Wähler noch unentschlossen sind, die sog. unkalkulierbaren Wechselwähler sowie das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung der Auslandsfranzosen und der Wähler in den Überseeterritorien. Hinzu kommen die Nichtwähler sowie die Erst- und Protestwähler, deren Wahlverhalten bislang von keiner Statistik erfasst werden konnte.

Traditionell sind Präsidentschaftswahlen in Frankreich sehr an Personen orientiert und weniger an Programmen. In der heißen Phase der Kampagne bemühen sich alle Kandidaten um Schärfung ihres Profils. Hier sind die letzten drei Wochen des französischen Wahlkampfes entscheidend, wer die Wähler besser überzeugen kann: Nicolas Sarkozy, der für „law and order“ steht, oder die „gute Fee“ Ségolène Royal. Oder ist der „Mann der Mitte“ François Bayrou, der lachende Dritte, der nicht mehr zwischen Sarkozy und Royal, sondern über beiden steht? Oder aber ist gar Le Pen am Ende doch wieder für eine Überraschung gut? Am 22. April wird die Richtung vorgegeben, am 6. Mai wissen wir mehr.